

Angenommen, dass ... Auf zur Bundestagswahl

Alle nehmen an, dass es vorgezogene Neuwahlen gibt, ich auch. Aber just, da ich dies schreibe, also Ende Juni, ist der aktuelle Bundestag noch nicht aufgelöst. Und folglich wurden auch noch keine Neuwahlen ausgeschrieben.

Aber „angenommen, dass ...“, dann gelten folgende Schritte: Am 6. und 7. August 2005 werden wir eine Berliner Landesliste für die Zweitstimmen und unsere 12 Direktkandidaten für die Erststimmen in den jeweiligen Wahlkreisen wählen. Die Vorbereitungen dafür laufen auf Hochtouren.

Angenommen, es kommt zu einer bundesweiten Kooperation der WASG mit der PDS, und angenommen, es kommt dafür zu einer Namensänderung der PDS – zum Beispiel in „Die Linkspartei.PDS“ – dann muss das Statut geändert werden. Der entsprechende Beschluss obläge einem Bundesparteitag, und zwar mit Zweidrittel-Mehrheit aller gewählten Delegierten. Er wurde prophylaktisch für den 17. Juli nach Berlin einberufen.

Angenommen, die Bundes-PDS gibt sich einen neuen Namen, dann müsste auch die Berliner PDS über ihren künftigen Namen entscheiden. Zuständig wäre der Landesparteitag – wiederum mit einem Zweidrittel-Votum. Vorgehen dafür ist der 7. August 2005.

Unabhängig von allen „Angenommen, dass ...“: Wir haben den Wahlkampf eröffnet. Bundeskanzler Schröder will vorgezogene Neuwahlen. Er wünscht sich, sagte er, eine Volksabstimmung über seinen politischen Kurs, über die Agenda 2010, über Hartz I bis IV. Ich finde: Die sollen er und die anderen Parteien haben!

■ Carsten Schatz,
Wahlkampfleiter PDS Berlin



Foto: Axel Hildebrandt

Mit einer gut besuchten Aktivtagung eröffnete die PDS in Berlin am 18. Juni 2005 den vorgezogenen Wahlkampf zum Bundestag.

Die roten Gallier

Mein Sonderangebot zum Wahltag

Asterix und Obelix, jeder kennt sie, die Gallier und ihren Kampf gegen die Römer. Sie sind aufmüpfig, sympathisch und selbstbewusst. Ist so etwas heute noch denkbar? Na klar. Lassen Sie sich, liebe Leser, von mir einfach in das folgende Bild entführen.

Es nahen Bundestagswahlen und die PDS will fünf Wahlkreise direkt gewinnen. Dazu bieten wir unser prominentestes Personal auf: Gregor Gysi, Petra Pau, Gesine Lötzsich, Lothar Bisky und Dagmar Enkelmann. Es geht um drei Wahlkreise in Berlin und zwei in Brandenburg. Der Zufall will es: Alle fünf Kreise liegen beieinander und bilden zusammen eine gemeinsame Region. Sie reicht von Köpenick über Frankfurt/O. bis hinter Bernau. Das Gebiet könnte das neue, ein „rotes Gallien“ werden. Denn die Wählerinnen und Wähler hier haben eine einmalige Chance. Egal, wie alle anderen rundherum wählen – die Friesen, die Schwaben, die Bayern – die „roten Gallier“ können ihnen alle ein Schnippchen schlagen. Sie alleine können nämlich die PDS gestärkt in den Bundestag bringen. Sie brauchen dazu nur ihre Erststimme den jeweiligen Kandidatinnen bzw. Kandidaten der PDS zu geben.

Das wiederum hätte zur Folge, dass nicht nur die genannten fünf, sondern mit ihnen noch viel mehr Kandidaten der PDS-Liste in den Bundestag kämen. Wir hatten das schon mal, nämlich zur Bundestagswahl anno 1994. Politdeutsch heißt das „Grundmandatsregel“ und es bedeutet: Wer drei Wahlkreise direkt gewinnt, umgeht die 5-Prozent-Hürde. Was übrigens der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag gar nicht gefällt. Deshalb versuchte sie noch schnell, die Grundmandatsregel von drei auf fünf Wahlkreise anzuheben. Vergebens, aber allein das war ein Versuch, der Asterix und Obelix sicher auf die Bäume gebracht hätte.

Die Berliner PDS will jedenfalls nichts dem Zufall überlassen. Wir werden daher zusätzlich um Direktmandate in Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg kämpfen und auch hier natürlich mit Spitzenpersonal, nämlich mit Stefan Liebich und Cornelia Reinauer. Unser Angebot steht damit, personell und inhaltlich. Nun können alle, die eine andere Politik wollen, zum Asterix oder Obelix werden. Natürlich beiderlei Geschlechts, das versteht sich.

■ Halina Wawzyniak,
stellv. PDS-Landesvorsitzende

PDS setzt deutlich andere Akzente

Brief an VDBG

Bei einem von der CDU und vom Verband Deutscher Grundstücksnutzer veranstalteten Bürgerforum, an dem Mitte Juni mehrere hundert Bewohner aus den Siedlungsgebieten Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf teilnahmen, ist dem Vertreter der PDS-Fraktion, Wolfgang Brauer, der Zugang verwehrt worden. Brauer hatte stellvertretend für Fraktionschef Stefan Liebich die Position der PDS zu dem noch in Arbeit befindlichen Straßenausbaubeitragsgesetz erläutern wollen. Er wandte sich nun in einem Brief an Verbands-Chef Eckhart Beleites, in dem er konstatierte, dass der VDBG scheinbar kein Interesse daran habe, dass die PDS ihre Position öffentlich mache. Auch im Mitteilungsblatt des Verbandes kamen bislang nur CDU-Politiker zu diesem Thema zu Wort. Brauer sprach sich für einen anderen Umgang miteinander aus.

Zuschläge müssen sein

PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf hat Pläne in der CDU/CSU kritisiert, Steuern auf Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge zu erheben. Er sei zwar grundsätzlich dafür, Steuervergünstigungen zu streichen und das komplizierte deutsche Steuersystem zu vereinfachen, „aber damit bei den Kleinen anzufangen und die Abschreibungsmodelle für Großverdiener ungeschoren zu lassen, halte ich für obszön.“

Bethanien besetzt

Anfang Juni ist auf Betreiben des Hausverwalters Marc Walter die Yorckstraße 59 geräumt worden. Mehrere Ausweichquartiere, die der Liegenschaftsfonds nach Fürsprache von PDS-Bezirksbürgermeisterin Cornelia Reinauer und Abgeordneten der PDS-Fraktion zur Zwischennutzung und potenziell zum Kauf angeboten hatte, waren von den Bewohnern abgelehnt worden. Wenige Tage später besetzten sie das Künstlerhaus Bethanien. Bürgermeisterin Reinauer unterstrich, dass das Angebot, eine dauerhafte Bleibe für die Yorckstraßen-Bewohner zu finden, nach wie vor stehe.

Es ist Wahlkampfzeit. Es geht um Bundespolitik. Aber natürlich wollen wir auch das auf die Waagschale legen, was die PDS in Berlin erreicht hat. Und das sieht ganz anders aus als die rot-grüne Hinterlassenschaft im Bund.

Nehmen wir „Hartz IV“. Die so genannte Arbeitsmarktreform ist in aller Munde und sie ist schlecht. Das sagen viele. In Berlin aber wird derzeit eine Bundesratsinitiative vorbereitet, um „Hartz IV“ gründlich zu entgiften. Durch eine großzügige und vernünftige Regelung der Frage, was angemessener Wohnraum für ALG-II-Empfänger ist, werden wir Massenumzüge verhindern können. Ein 3-Euro-Kultursozialticket ermöglicht denen, die von Arbeitslosengeld leben müssen, einen Opern- oder Theaterbesuch. Und nach einem richtigen Kraftakt gibt es nun wieder ein Sozialticket, das es möglich macht, die BVG zum halben „Umwelt“-Preis zu nutzen. Ein Angebot, das es so in keiner anderen Stadt gibt. All das trägt die klare Handschrift der Berliner PDS.

Dazu zählt auch, dass wir die BVG gegen den Privatisierungsdruck von FDP, Grünen und Teilen der SPD verteidigt haben. Damit das Verkehrsunternehmen ab 2008 gegenüber anderen Anbietern im Wettbewerb bestehen kann, waren allerdings auch Einschnitte bei den Einkommen der Beschäftigten notwendig. Sie lagen vordem

deutlich über dem, was in anderen Ecken der Bundesrepublik verdient wird. Dafür wurden Kündigungsschutz bis 2020 zugesichert, die Arbeitszeit verkürzt und Ost-West angeglichen. Sicher kam eine solche Lösung nicht nur deshalb zustande, weil PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf sich mit ver.di-Chef Frank Bsirske bei einem Waldspaziergang sehr intensiv über die Probleme unterhalten hat. Aber auch das gehört eben dazu, wenn es um vernünftige Lösungen geht.

Zur Bilanz gehören die Einführung eines neuen Unterrichtsfachs zur interkulturellen Bildung und ein Kita-Reformgesetz. Auch das war schwierig, zumal der Entwurf der Schulverwaltung erhebliche Einschränkungen, z. B. für arbeitslose Eltern, vorsah. Wir haben auf Änderungen gedrängt, mit Erfolg: Berlin bleibt bei der Kinderbetreuung im bundesweiten Vergleich vorbildlich, Kitas werden zu Bildungseinrichtungen ausgebaut und vielen Kindern wird die Chance für eine vorschulische Förderung eröffnet.

Ähnlich fällt der Vergleich in der Innenpolitik aus. Während Otto Schily mit den Grünen auf Repressionen setzt, wurden im rot-roten Berlin Bürgerrechte ausgebaut. Auch das zeigt den Unterschied.

■ *Stefan Liebich, PDS-Fraktionsvorsitzender*



Hilfe für „Berliner Tafel“ Bei der „Berliner Tafel“ wurde eingebrochen. Sie versorgt Menschen, die ihre Mahlzeiten nicht bezahlen können. Petra Pau half sofort mit einem Computer und wurde Vereinsmitglied.

Foto: Axel Hildebrandt



Foto: Klaus Singer

Für die medizinische Grundversorgung Gesine Lötzsch (PDS im Bundestag) wirbt mit einem Gemeindeschwesternprogramm für die medizinische Grundversorgung – hier auf Tour in Waren-Müritz

Märchenstunden

Im Bundestag wird gekokert

Im Bundestag herrscht Wirrwarr. Die einen wursteln weiter, so als gäbe es keine Neuwahlen. Andere vollziehen Kehrtwenden, so als hätten sie nicht bis gestern das Gegenteil vertreten. Plötzlich fordern selbst Politiker der CDU und SPD „Nachbesserungen“ an „Hartz IV“. Es sind dieselben, die vorher stets brav mit Ja und Amen gestimmt haben, wenn es um die Wurst ging. Und es sind dieselben, die stets dagegen waren, wenn die PDS im Bundestag soziale Alternativen vorschlug.

Nun ist Wahlkampf. Also plädiert Thüringens Ministerpräsident Althaus (CDU) für mehr Zuverdienst zum Arbeitslosengeld II. Wolfgang Thierse (SPD) findet die Ost-West-Differenz beim ALG II falsch. Die Grünen fordern überhaupt mehr soziale Gerechtigkeit bei „Hartz IV“. Sie alle versprechen es sogar – vorausgesetzt, sie werden im September gut und stark gewählt.

Ich habe Rot-Grün im Bundestag erwidert: Entgiften Sie „Hartz IV“ schnell und gründlich – vor der Wahl. Denn noch haben sie die Mehrheiten dafür. Wenn sie aber jetzt nichts tun und die Betroffenen auf ein ungewisses Später vertrösten, dann ist das auf gut Berlinerisch schlicht Betrug.

Nun sind die ersten Nagelproben im Bundestag protokolliert. Ein Beispiel nur: Älteren Arbeitslosen wurde mit „Hartz IV“ im Handstreich der Bezug der normalen Arbeitslosenhilfe (ALG I) gekürzt. Für viele war das Wortbruch pur und für alle ist das mit großen Verlusten verbunden. Übrigens nicht nur mit finanziellen. Es ist geradezu demütigend,

wenn man nach einem arbeitsreichen Leben ohne Verschulden und in kürzester Zeit in die soziale Unterschicht geschleudert wird.

Das Unrecht schreit, die Wahl naht und so schritten SPD und Grüne zur Tat. Sie wollten die selbst beschlossene Regel aussetzen. Richtig gelesen: Rot-Grün hob den Passus nicht auf, Rot-Grün will ihn lediglich vor sich herschieben. Für zwei Jahre, dann soll das „Hartz IV“-Original wieder greifen. Wir stimmten für die PDS im Bundestag dennoch zu. Denn fast nichts ist für die Betroffenen immer noch mehr als gar nichts.

Anders die CDU/CSU: Sie kündigte flugs an, selbst diese klitzekleine Hoffnung mit ihrer Mehrheit im Bundesrat wieder zu tilgen. Dafür führte sie zwei Argumente ins Feld. Erstens würde von den älteren Arbeitslosen der Druck genommen, sich um reguläre Jobs zu bemühen. Das sei nicht gut. Zweitens würde der rot-grüne Vorschlag fünf Milliarden Euro kosten. Die habe man nicht.

Beides ist zynisch, der Vorschlag von Rot-Grün und die Ablehnung der CDU/CSU.

Das Pro der SPD und der Grünen, weil beide wissen: Ihr Vorschlag hat keine Aussicht auf Erfolg, dank CDU/CSU. Das Veto der CDU/CSU, weil es für ältere Arbeitslose keine reale Chance auf dem „Arbeitsmarkt“ gibt. Besonders schlimm ist allerdings das Finanzargument. Denn es zeigt im Umkehrschluss, was durch „Hartz IV“ – allein bei den älteren Arbeitslosen – abkassiert wird, während Vermögende immer mehr entlastet wurden.

■ Petra Pau, MdB

Rock für Links

Tausende Jugendliche strömten am 18. Juni 2005 wieder in die Lichtenberger Parkaue zu „Rock für Links“. Die Veranstaltung fand bereits zum zehnten Mal statt und hat somit Tradition. Mittendrin – in ihrem Wahlkreis – war natürlich auch wieder Gesine Lötzsch.

Anfrage gegen Bombodrom

Hoch zu Ross und auf Pferdekutschen demonstrierten Anfang Juni in Berlin zahlreiche Brandenburger gegen das geplante „Bombodrom“ in der Kyritz-Ruppiner Heide. Petra Pau war für die PDS im Bundestag ebenso dabei wie Wolfgang Methling (PDS, stellv. Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern).

Jubiläum mit Täve

Am 25. Juni feierte die Volkssolidarität, der größte Sozialverband in den neuen Bundesländern, mit einem „Tag der Generationen“ auf der Trabrennbahn in Karlshorst ihren 60. Geburtstag. Gesine Lötzsch gratulierte namens der PDS im Bundestag und freute sich über illustre Gäste, wie Gustav Adolf Schur, genannt „Täve“.

Frauen im Netz:

- ➔ www.gesine-loetzsch.de
- ➔ www.petra-pau.de

Bundestagsbüro Dr. Gesine Lötzsch

2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel. (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loetzsch.de
www.gesine-loetzsch.de
Bürgersprechstunde:
12. 7. 2005, 16–17.30 Uhr

Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de
Bürgersprechstunde:
6. 7. 2005, 10–12 Uhr

Zitate zur Wahl:

Nur mit Links

„Einen Politikwechsel werden weder SPD noch Grüne, weder Union noch FDP zuwege bringen, weil sie ihn nicht wollen! Für einen Politikwechsel in Deutschland kann nur eine starke linke Opposition im Deutschen Bundestag wirken.“

Lothar Bisky, PDS-Vorsitzender

Nicht vergessen

„Sollten sich im Wahlkampf plötzlich andere als Friedensengel, Wohltäter oder Ost-Fan profilieren wollen, dann lasst es ihnen nicht durchgehen. Dazu hatten CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne drei Jahre lang Zeit. Sie haben sie nicht genutzt – im Gegenteil.“

Petra Pau, PDS im Bundestag

Anders machen

„Wir müssen auch sagen, was wir anders machen würden. Und da bin ich stolz auf Mecklenburg-Vorpommern, die gerade das längere gemeinsame Lernen auf den Weg gebracht haben. Und auf die Berliner, weil sie Regeln durchsetzen konnten, die den massenhaften Umzug von ALG-II-Empfängern verhindern.“

Bodo Ramelow, PDS-Wahlkampfleiter

Konservativer Chor

„Es ist tragisch und absurd zugleich, dass sich unter einer rot-grünen Regierung das Armutsrisiko erhöht, die Anzahl der Armen vergrößert hat und die Zahl der Superreichen gewachsen ist. Und nach jeder Entscheidung rief die konservative Opposition im Chor: Das reicht uns noch nicht!“

Gesine Löttsch, PDS im Bundestag

Nicht tolerierbar

„Die These, dass es zum Sozialabbau keine Alternativen gäbe, versucht schon im Keim jede Art von Diskussion zu ersticken. Die PDS hat Alternativen. Und neoliberale Politik ist durch uns nicht tolerierbar, weder unter Gerhard Schröder noch unter Angela Merkel.“

Gregor Gysi, PDS-Direktkandidat

Wahlkampf eröffnet

„Mit dem heutigen Wahlkampfauftritt zeigt die Berliner PDS, dass sie in der Lage ist, schnell zu reagieren. Wir eröffnen als erste der Berliner Parteien den Wahlkampf in der Hauptstadt und wir werden nicht nachlassen, bis am 18. September feststeht: Die PDS ist wieder in Fraktionsstärke im Bundestag!“

Stefan Liebich, Berliner Fraktions- und Parteivorsitzender

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin
Karl-Liebknecht-Haus
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60
E-Mail: lv@pds-berlin.de
V. i. S. d. P.: Axel Hildebrandt
Titel & Gestaltung: www.WARENFORM.net
Druck: www.druckerei-bunterhund.de
Redaktionsschluss: 25. 6. 2005

Kalenderblatt:

15. Juli 1955

Mainauer Erklärung

Die Insel Mainau im Bodensee zieht jährlich Tausende Touristen in ihren Bann. Flora und Fauna und ein südliches Flair bieten eine erholsame und zugleich spannende Abkehr vom Alltag. Das süddeutsche Paradies sorgte aber auch schon für politische Schlagzeilen. So verabschiedeten am 15. Juli 1955 erst 18, später sogar 52 Nobelpreisträger eine „Mainauer Erklärung“. Darin warnten sie vor dem Missbrauch der Kernenergie und sie wandten sich gegen die atomare Aufrüstung:

„Mit Freuden haben wir unser Leben in den Dienst der Wissenschaft gestellt. Sie ist, so glauben wir, ein Weg zu einem glücklicheren Leben der Menschen. Wir sehen mit Entsetzen, dass eben diese Wissenschaft der Menschheit Mittel in die Hand gibt, sich selbst zu vernichten ... Wir (halten) es für eine Selbsttäuschung, wenn Regierungen glauben sollten, sie könnten auf lange Zeit gerade durch die Angst vor diesen Waffen den Krieg vermeiden ... Alle Nationen müssen zu der Entscheidung kommen, freiwillig auf die Gewalt als letztes Mittel der Politik zu verzichten. Sind sie dazu nicht bereit, so werden sie aufhören zu existieren.“

Das atomare Wettrüsten wurde dennoch forciert und erreichte Anfang der 80er

Jahre einen neuen Höhepunkt. Zugleich wuchs seinerzeit die Einsicht: Das Gleichgewicht des Schreckens ist labil und unberechenbar. Die Friedensbewegung in Ost und West nahm einen riesigen Aufschwung. Offizielle Abrüstungsinitiativen wurden vereinbart, einige auch umgesetzt. Aber die große Hoffnung vieler Friedensbewegter erfüllte sich nicht. Das Atomwaffenarsenal überdauerte die Jahrtausendwende. Mehr noch: Längst läuft ein neues Wettrüsten – auch nuklear. Selbst Relikte des Kalten Krieges sind gefährlich beständig. So haben die USA noch immer Raketen mit Atomsprengköpfen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland stationiert. Die „Mainauer Erklärung“ ist also so aktuell wie vor 50 Jahren.

Inzwischen fordern die „Mayors for Peace“ eine neue, weltumspannende Kampagne: atomwaffenfrei bis 2020. Sie ging vom Bürgermeister Hiroshimas aus, jener Stadt in Japan, in der vor 60 Jahren Hunderttausende Opfer des ersten Atombombenabwurfs wurden.

■ Axel Hildebrandt

Dokumentiert

Die PDS strebt eine bundesweite Kooperation mit der WASG an. In diesem Zusammenhang wird ein PDS-Bundesparteitag am 17. Juli 2005 über einen neuen Namen für die PDS befinden. Vorgeschlagen ist „Die Linkspartei“.

Wird dieser Namen durch 2/3 aller Delegierten bestätigt, dann muss auch die Landessatzung der Berliner PDS geändert werden. Dazu beantragt der PDS-Landesvorstand für den Parteitag am 7. August 2005 u. a.:

Die Satzung wird wie folgt geändert:

Abschnitt 1. Name, Sitz

Der Landesverband führt den Namen Die Linkspartei Berlin (Die Linke Berlin).

Er ist eine Gliederung der politischen Partei Die Linkspartei.

Der Landesverband führt als Zusatzbezeichnung den Namen Partei des Demokratischen Sozialismus und als Kurzbezeichnung den Namen PDS.

Die Gesamtbezeichnung lautet: Die Linkspartei. Partei des Demokratischen Sozialismus Berlin (Die Linke.PDS Berlin)